

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 29. November d. J. den Pfarrer, Joseph Maria Marchioli, zum Arciprete Parroco des Patriarchalkapitels zu Venedig allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 29. November d. J. den Pfarrer von St. Maria di Pieve, Erzdiakon in Cadore, Johann Baptist Martini, zum Domherrn für die Kanonikalkapitel Salcis an dem Kathedralekapitel zu Belluno allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. November d. J. die bei der k. k. Familienfondsgüter-Direktion erledigte dritte Sekretärstelle dem Rechnungsoffizial, Franz Pokorny, allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den dermaligen Supplenten am akademischen Gymnasium in Lemberg, griechisch-katholischen Weltpriester, Emilian Dgonowski, zum wirklichen Gymnasiallehrer mit einstweiliger Verwendung an demselben Gymnasium ernannt.

Das Justizministerium hat den Staatsanwalt des Kreisgerichtes in Teschen, Heinrich Horzinek, zum Staatsanwalt mit dem Dienstcharakter eines Landesgerichtsrathes bei dem Landesgerichte in Tropau ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat den Postoffizial erster Klasse, Anton Hartnagel, zum Kontrolleur bei dem Postamte am Westbahnhofe ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat den Postamtskontrolleur, Ludwig Steinberg, von Krakau nach Wien übersetzt, und den Postoffizial erster Klasse, Eduard Tullinger, zum Postamtskontrolleur in Wien ernannt.

Das k. k. Staatsministerium hat mit Erlasse vom 18. v. M., J. 22.102, die drei systemisirten Impfpreise für das Jahr 1860, und zwar den ersten mit 63 fl. ö. W. dem Bezirkswundarzte zu Oberlaibach, Johann Berne, den zweiten mit 52 fl. ö. W. dem Bezirkswundarzte in Laibach, Franz Vesb, und den dritten mit 42 fl. ö. W. dem Bezirkswundarzte in Planina, Ferdinand Wader, verliehen.

A. l. Landesregierung in Krain. Laibach, am 9. December 1863.

Die k. k. Landesbehörde für Krain hat die erledigte, unter dem landesfürstlichen Patronate stehende Pfarre Weissenfels, im Dekanate Radmannsdorf und politischen Bezirke Kronau, dem Wenzeslaus Peharz, Pfarrkooperator in Egg ob Podpezh, verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 14. December.

Ueber die Ministerkrise bringen die Wiener Blätter keine neuen Mittheilungen. Sie berichten nur, daß die verschiedenen Nachrichten über dieselbe in Prag und in Pest die Hoffnungen der Föderalisten und Unionisten im hohen Grade erregt haben. Die Niedrig-Palastische Partei hat ihre Reihen theils verstärkt, theils enger geschlossen. Graf Clam, der Kardinal-

Erzbischof Fürst Schwarzenberg und dessen Vetter Karl Schwarzenberg haben der mit dem neuen Jahre erscheinenden tschechischen Zeitung „Narod“ ihre Unterstützung zugesagt; dasselbe wird die Fahne des Oktober-Diploms energischer aufpflanzen als die übrigen tschechischen Blätter, und zwar in reaktionär-feudalem Sinne. Die „Narodni Listy“, die bei allem Haß gegen das Deutschthum doch in liberaler Richtung redigirt werden, sollen von dem neuen Blatte enturzelt werden. Andererseits ist eine Anzahl ungarischer Magnaten in Wien eingetroffen, die das Terrain rekognosciren und mit dem Hofkanzler und anderen ihnen zugehörigen hohen Persönlichkeiten Besprechungen pflegen. Die Ministerkrise dürfte ihr Ende erst erreichen, wenn der Staatsminister wieder genesen ist.

Man hört mit großer Bestimmtheit, daß das Abgeordnetenhaus vor Weihnachten vertagt werden und nach dem Dreikönigsfest zur Erledigung der noch übrigen Vorlagen wieder zusammentreten wird. Die Landtage werden erst für Mitte Februar einberufen werden.

So viel man nachträglich über die am 7. d. stattgefundene Bundestagsitzung, in welcher der Beschluß zur Exekution in Holstein gefaßt wurde, hört, war dieselbe wohl die stürmischste, welche seit langer Zeit vorgekommen ist, und die Geister des alten Thurn und Taxis'schen Palastes in der Eschenbeimer Gasse haben gewiß ganz verwundert dreingeschaut, als sie die erregten Gemüther sahen und die heftigen Stimmen der sonst so ruhigen Versammlung vernahmen. Namentlich sollen die Herren v. d. Pfordten und Freiherr v. Kübel hart aneinander gerathen sein, und die Bemerkung des erstern Herrn Gesandten soll durchaus nicht diplomatisch gelautet haben, als Herr v. Kübel, da der mecklenburgische Gesandte sagte, er sei ohne Instruktion, erklärte: „So stimmen Sie mit uns; ich übernehme die Verantwortung Ihrer Abstimmung Ihrer Regierung gegenüber.“ Dies that denn auch nach kurzem Bestimmen der Gesandte für Mecklenburg, und so kam der Beschluß, trotz des Protestes des Herrn v. d. Pfordten, daß eine derartige Beeinflussung wider die Geschäftsordnung verstoße, zu Stande. Die Stimme der Kurie der vier freien Städte wurde dadurch für den österreichisch-preussischen Antrag gewonnen, daß Lübeck als der dies Jahr stimmführende Staat die Entscheidung abzugeben hatte; die Stimmen waren getheilt. Bremen und Frankfurt stimmten für Okkupation, Hamburg und Lübeck für Exekution.

Eine der merkwürdigsten auf die schleswig-holsteinische Sache bezüglichen Nachrichten finden wir in einem Münchener Blatte, das wörtlich Folgendes mittheilt:

„So Gott will, steht die Thatsache bevor, und zwar näher als man vielleicht glaubt, daß Napoleon III. den Herzog von Schleswig-Holstein anerkennt. Man spricht hier (in München) nicht mehr von der bloßen Möglichkeit, sondern von der größten Wahrscheinlichkeit dieses Gewaltreiches Napoleons. Der Herzog Friedrich wird sich nach der Rückkehr des Königs Max zu demselben bisher (nach München) begeben.“

Das wäre ein starkes Stück: Louis Napoleon der Retter von Deutschlands Ehre! Denn wenn Napoleon das Londoner Protokoll nicht mehr für bindend hielte, wenn er Christian IX. opferte und den Herzog Friedrich anerkennt, dürfte man überzeugt sein, daß auch die übrigen Großmächte — England und Rußland etwa ausgenommen — mit sich reden lassen würden. Freilich thäte Napoleon Deutschland einen solchen Gefallen natürlich nicht umsonst, man würde daher zuerst nach dem Preise fragen müssen, und schließlich käme es dann doch wohl darauf hinaus, daß Deutschland am besten selbst für seine Sache Sorge.

58. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Graf Rechberg, Graf Degenfeld, Freih. v. Meserý, v. Passer, Freiherr v. Bürger; ferner die Herren Generale Jabisch, Kosbach, Schreibenhof, Oberkriegskommissäre Frieß und Damaschka.

In der Hofloge: Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge Albrecht, Rainer, Wilhelm.

Vom Handelsministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über Gewährung einer Staatsgarantie für siebenbürgische Eisenbahnunternehmungen eingebracht; ferner werden die Ausschußberichte über die politische Organisation und über die Konfursordnung vertheilt.

Der Ausschuß für den Herbstlichen Antrag hat sich konstituit und den Abg. Lohninger zum Vorsitzenden, zum Schriftführer Abg. Daubel gewählt.

Abg. Giska erstattet den Bericht über das Kriegsbudget und kündigt vorläufig an, daß er in gewissen Punkten das Minoritätsvotum vertreten werde.

Der Ausschuß beantragt für die Landarmee (anstatt 120,125,000 fl.) 115,812,350 fl. (Minoritätsvotum 113,932,350 fl.); für Freiwillige und Stellvertreter (anstatt 1,992,000 fl.) 1,730,000 fl. z.; zusammen (anstatt 123,487,000 fl.) 122,842,350 fl. (Minorität 120,962,350 fl.). Als Bedeckung (anstatt 10,402,883 fl.) 15,786,900 fl. (Minorität 17,286,900 Gulden).

Der Kriegsminister bekämpft die Behauptung des Ausschusses, daß das Ordinarium um 10 Millionen zu hoch gegriffen sei. Der Minister erinnert an seine schon 1862 abgegebene Erklärung, daß die Erhaltung der Armee mit weniger als den im Ordinarium angeführten 92 Millionen nicht möglich sei, und weist auf die äußerste Sparsamkeit in allen Verhältnissen hin. Eine Verringerung der Valuta in dem Maße, daß dadurch eine wohlfeilere Beschaffung der Erfordernisse ermöglicht werde, sei nicht eingetreten, es müsse daher gegen den vom Ausschusse beschlossenen Abstrich Verwahrung eingelegt, Eingehenderes für die Spezialdebatte vorbehalten werden.

Der Minister führt eine Reihe von Auslagen an, welche sich nie präliminiren lassen, für die daher der Militärverwaltung eine gewisse Latitude eingeräumt werden müsse. Andere Vorwürfe seien bei einer unbefangenen Berücksichtigung der eigenthümlichen Verhältnisse nicht haltbar. Im Allgemeinen müsse der Minister sein tiefes Bedauern darüber ausdrücken, daß abermals die einmal gewonnene Basis verrückt, und so jede Stabilität unmöglich gemacht werden soll.

Dr. Berger bedauert, daß eine so wichtige Vorlage in Verathung gezogen werden müsse, ohne daß den Mitgliedern, welche nicht im Ausschusse sitzen, die Zeit zum eingehenden Studium gelassen worden wäre. Auch erfordere dieser Gegenstand in verschiedener Beziehung die höchste Delikatesse, einmal weil die Armee in ihren höchsten Spizen über die Verantwortlichkeit hinausreiche, dann weil dieselbe im Hause selbst nicht vertreten sei. Er für seine Person wünsche von Herzen, daß die Interessen des Heeres in der Versammlung selbst zu Worte gelangen möchten, damit würde mancher Zweifel schwinden, das scheine ihm eine größere Garantie als etwa eine Vertheidigung auf die Verfassung. Von der Diskussion im Einzelnen zwischen Haus- und Armeeverwaltung sehe er kein Heil ab; im Hinblick auf die Finanzverhältnisse müsse man sich beiderseits mit einem Pauschale begnügen.

Die Kardinalfrage sei, ob denn das System, welches allen Staaten, mit alleiniger Ausnahme Englands so enorme Ausgaben auflege, das richtige, ob nicht zu einem wohlfeileren, z. B. dem Verbeisystem, überzugehen sei. Er weist auf England und Amerika hin zum Beweise, daß auch geworbene Armeen

der tüchtigsten Leistungen fähig seien. Er wolle damit keinen improvisirten Wunsch in's Haus schleudern, sondern nur das Studium der Frage anregen.

Redner kritisiert dann die Institution des Korpskommandanten, die Organisation des vierten Depotbataillons, die Stellung der Obersten als Administrativbeamte, den hohen Stand der Generalität in Pension, die Experimente mit der Artillerie, die Militärerziehungsanstalten, die Aufspeicherung des Materials, bei der es doch mitunter an sehr wesentlichen Artikeln mangle — alles vom Standpunkte der Sparsamkeit aus. Eine Detaildiskussion im Hause müsse diesem nothwendiger Weise Niederlagen bereiten, da die Vertreter der Armee in allen technischen Kenntnissen den Abgeordneten doch immer überlegen sein werden. Im Augenblick der Gefahr werde die Armee und die Reichsvertretung ihre Schuldigkeit thun. (Bravo.)

Der Kriegsminister will sich vorderhand darauf begnügen, zu erwidern, daß England wohl das Werbesystem haben könne, Oesterreich bei ganz anderen Verhältnissen aber nicht; die Bemerkungen über die Generalkommanden beruhen auf einer Verwechslung, da dieselben ganz wie vor 1848 bestehen; der Stand der pensionirten Generale sei nicht größer als in Frankreich. Dem Wunsche, daß im Hause Militärs säßen, könne er nur beistimmen. Bezüglich der körperlichen und geistigen Ausbildung der Militärschüler werde keinerlei Obsole veräußert.

Taschek als Generalberichterstatter gibt Nachweis über die in den Bericht eingetragenen Gesamtziffern, aus denen sich ein Defizit von 40,890,513 fl. (ohne die 50 Millionen für den ungarischen Nothstand, Kassenbestände, Münz- und Salinenscheine) ergibt.

Schindler bezeichnet den vom Kriegsminister gebrauchten Ausdruck, er müsse gegen gewisse Abstriche „Verwahrung“ einlegen, als unkonstitutionell. Die Absicht des Ausschusses sei es nicht, dem Geiste der Armee zu nahe zu treten, man habe im Interesse des Avancements die Einschlebung einer ganzen Gruppe von fremden Offizieren sehr bedauert. Oesterreich zahle nicht bloß die Armee der Gegenwart, sondern auch immer noch die Armee der Vergangenheit. Trotz der großen Kosten sei 1859 doch nicht Alles in entsprechendem Zustande gewesen. Redner kritisiert das Verhalten des Ausschusses gegenüber der Sektion. Man solle dem Hause nicht übertriebenes Kargen vorwerfen, man müsse, Othien parodirend, sagen: Ein Jeder zahlt nur was er kann.

Dreher findet den Kontrast zwischen militärischer Verschwendung und Finanznoth so groß, daß die Abstriche des Ausschusses noch nicht genügen. Hoffentlich werde die Regierung die Mäßigung anerkennen. Nur das vom Ausschuss angedeutete Verfahren könne den Frieden erträglich, einen Krieg möglich machen.

Brosche: Das Verhalten des Kriegsministers mache für ihn dessen Erklärung, er könne mit weniger als 92 Millionen nicht auskommen, maßgebend.

Der Berichterstatter bemerkt, der Bericht habe sich ziemlich objektiv gehalten, Entschuldigungen und Vorwürfe vermeidend nur Thatsachen angeführt. Er müsse nun nachweisen, daß nur wahre Thatsachen angeführt wurden. Zu dem Ende konstatiert er, daß die Ersparungen durch Preisermäßigungen wieder durch andere Posten aufgezehrt seien, daß im Jahre 1862 nicht ein Normalbudget für alle Zeit habe aufgestellt werden sollen. Die Anschauungen über die Leistungsfähigkeit der Armeen u. c. seien variabel, das bloße Wort einer noch so geachteten Autorität könne daher nicht entscheiden. Die nicht voranzuführenden Ausgaben müßten in das Extraordinarium eingestellt werden.

Kriegsminister Graf Degenfeld erklärt wiederholt, daß das von allerhöchster Seite vor einigen Jahren anbefohlene, von dem Berichterstatter auch heute wieder erwähnte niedere Budget allerdings von Sr. Majestät als absolutes Herrscher angeordnet, und demzufolge auch ausgearbeitet wurde, thatsächlich aber nie zur Ausführung gebracht werden konnte.

Die Erklärung des Herrn Kriegsministers bildet den Schluß der Generaldebatte.

Es wird nun zur Spezialdebatte geschritten.

Berichterstatter Dr. Giskra verliest den betreffenden Theil des Berichtes über das Erforderniß im Ordinarium.

Kriegsminister Graf Degenfeld ergreift das Wort, um den Vorwurf, welcher der Militärverwaltung in Bezug auf die Systemisirung gemacht wurde, abzulehnen. Er bemerkt unter Andern: Wenn im Berichte gesagt werde, daß unter den österreichischen Generalen in Pension Manche sich befinden, die noch im aktiven Dienste hätten bleiben können, weil nicht Gebrechen und Untauglichkeitsgründe die Ursache ihrer Pensionirung waren, und daß unter den Verwaltungsposten Manche seien, zu welchen deren Volltauglichkeit unbezweifel sei, so stelle man sich auf einen Standpunkt der Beurtheilung, welcher nur der Regie-

rung zukomme, weil nur die Regierung allein im Stande sei, über die physischen und materiellen Kräfte ihrer Untergebenen ein Urtheil zu fällen. Das Urtheil eines Anderen, selbst des Unbefangenen, wie es der Berichterstatter ist, sei ein solches, welches in Anspruch genommen wird, von Leuten, die gerade durch Pensionirungen und Außerdienststellungen erbittert worden sind, daß diese den Ausweg ergreifen, ihre Klagen vor ein Tribunal zu bringen, wo sie gehört zu werden hoffen, ohne daß man im Stande ist, die Sache zu beurtheilen, sei selbstverständlich, und man dürfe sich auf solche Klagen nicht so sehr verlassen, wie man glaubt. Redner sucht ferner darzuthun, daß es nicht richtig sei, daß Offiziere und Generale in so überflüssiger Anzahl angestellt und beibehalten werden, wenn es vermieden werden kann. Bezüglich der einzelnen Abänderungen fordert der Kriegsminister die ihm zur Seite befindlichen Generalmajore auf, das Wort zu ergreifen.

GM. v. Fabisch spricht gegen den vom Ausschuss beantragten Abstrich von 500,000 fl. im Ordinarium in Bezug auf die Artillerie.

GM. v. Scheibenhof nimmt das Wort, um gegen den Abstrich von 1 Million wegen Neubauten zu sprechen.

Kriegsminister Graf Degenfeld spricht gegen den Abstrich von 120,000 fl. bei „Ergänzungs- und Urlaubstransporten“ und macht wieder darauf aufmerksam, daß man Pauschalbezüge sich gefallen lassen wolle, daß aber in der Regel von der Motivirung spezieller Posten wenig Nutzen zu erwarten sei.

Präsident bringt den Antrag Brosche's zur Kenntniß, der dahin geht, es werde das Erforderniß der Landarmee mit 118,012,315 demnach das Gesamtterforderniß mit 125,022,350 fl. bewilligt.

Dr. Herbst. Es sei ein Antrag gestellt worden, welcher eigentlich und wesentlich auf Reintegration der Regierungsvorlage, also auf Beseitigung aller, auch der an der äußersten Grenze der Mäßigung sich haltenden Abstriche geht, und da halte er es denn für seine patriotische Pflicht, gegen diesen Antrag seine Stimme zu erheben. Ersparungen müssen möglich sein, denn sie sind nothwendig. Der Grund der vorgenommenen Abstriche liege in etwas ungemein Wichtigem in der Finanzlage des Reiches. (Rufe links: sehr gut, Bravo!)

Freiherr v. Pratobevera. Er fühle sich verpflichtet, diejenigen Herren, welche den Antrag Brosche's unterstützten, gegen den Vorwurf des mangelnden Patriotismus zu schützen. Diesen Anspruch, sagt Redner, haben wir Alle so gut, wie die Redner, die glauben, sie allein seien die Retter des Vaterlandes.

Berichterstatter Dr. Giskra wendet sich gegen die Auslassungen des Kriegsministers und der übrigen Vertreter der Regierung, und sucht, gestützt auf statistische Daten, nachzuweisen, daß es unrichtig sei, zu behaupten, als ob nicht genug Geschütze angeschafft wären, und als ob nicht genug Vorsorge für den Bedarf von Eisen und Blei getroffen worden wäre. Unter anderen weist Redner auf die fruchtlosen Experimente hin, die man mit Geschützen schon gemacht und meint, bei den Schießwoll-Geschützen sind Millionen zu dem Zwecke verwendet worden. Man hat diese Geschütze als unübertrefflich und vorzüglich bezeichnet, hat 30 Batterien damit ausgerüstet und heute werden sie dazu dienen müssen, nur in die Kumpfkammer geworfen zu werden. Was bezüglich der Bauten gesagt wurde, so möge das Haus einen Rückblick auf die bisherige Thätigkeit des Baudepartements machen, und es dürste sich leicht ein Urtheil bilden, ob nicht ein bescheideneres Genügen mit mäßigen Summen gegenwärtig am Plage sei. Zu diesem Behufe bringt Redner eine Zusammenstellung der Bauauslagen, die überhaupt seit dem Jahre 1848 gemacht wurden. Unter diesem findet sich der Bau eines Offizier-Pavillons auf der Esplanade in Komorn, der 89,509 fl. gekostet hat (Bewegung), die Herstellung eines neuen Fohlenstalles mit 58,000 fl. (große Heiterkeit), Fortsetzung und Beendigung der Neu- und Adaptierungs-Arbeiten für Unterbringung der Equitations- und Kavallerie-Batterie mit 190,000 Gulden. (Bewegung.) Fortsetzung des Kapellenbaues in Weißkirchen mit 20,000 fl.

Generalmajor v. Fabisch sucht noch über einige, speziell sein Ressort betreffende Gegenstände Berichtigungen zu geben.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Die Anträge Brosche's und der der Minorität des Ausschusses werden abgelehnt, der Antrag der Majorität des Ausschusses

Erforderniß der Landarmee	115,812,350 fl.
Erforderniß für Freiwillige und Stellvertreter	1,730,000 "
Nachschaffung von Waffen	5,300,000 "

Sonach das Gesamtterforderniß mit 122,842,350 fl. wird angenommen.

Es wird zum Kapitel „Bedeckung“ geschritten. Der Ausschuss beantragt als eigene Einnahme für die 14monatliche Periode 15,756,909 fl. Ein Mino-

ritätsantrag geht dahin, um 1,500,000 fl. mehr einzustellen.

Berichterstatter Dr. Giskra verteidigt den Minoritätsantrag, und sagt, es handelt sich dabei um die Durchführung von Beschlüssen, die im Jahre 1862 gefaßt wurden, und in welchen es heißt, daß das in dem Kriegsbudget gemachte Ersparniß auszuweisen, und auf das nächste Jahr zu übertragen sei. Auch im Jahre 1862 wurde bei der Feststellung des Finanzgesetzes gesagt, daß das Seitens der Regierung bisher an den Tag gelegte Bestreben nach Ersparungen im Armeewesen wohl anerkannt, zugleich aber die Wünsche und Erwartungen, so weit sie noch nicht erfüllt sind, zur Durchführung empfohlen werden. Das Haus hat damit in beiden Jahren den Grundsatz aufgestellt, daß, wenn außerordentliche Ersparnisse ersichtlich werden, dieselben in's nachfolgende Budget einzutragen sind. Nun kam ein solches Ersparniß thatsächlich vor, und zwar im Betrage von 1,500,000 fl. Eine vorgenommene Kassarevision ergab aber, daß nur ein Kassastand von circa 900,000 Gulden am Ende des Jahres 1863 da war, und es ergab sich, daß die dadurch möglich sei, daß antizipative Zahlungen für das Jahr 1864 geleistet worden sind, welche, wie die häufig vorkommt, als Interimsauslagen vorkommen, und später refundirt werden, so daß nicht der faktische Kassastand von 900,000 fl., sondern der rechnungsmäßige von 1,500,000 fl. als verfügbar erscheint.

Den Beschlüssen des Hauses konsequent mußte nun jedenfalls wenigstens 900,000 fl. noch in das Budget eingerechnet werden. Wie sich hierbei der Kriegsminister mit dem Finanzminister vertragen wird, ist eine andere Frage. Hier handelt es sich nur um die Bedeckung des Militärbudgets. Er behauptet aber, man könne mit vollem Recht auf die Summe von 1,500,000 fl. gehen, weil die Rechnung einen solchen Ueberschuß anweise. Die Minorität des Ausschusses beantragt also außer der Bedeckung, wie sie die Majorität beantragt, noch diese weitere Summe einzustellen.

Es spricht noch Abg. Winterstein.

Da Niemand mehr das Wort verlangt, erklärt der Präsident die Debatte für geschlossen.

Mit Berücksichtigung, daß um 5 Uhr Sitzung des Finanzausschusses ist, beantragt Dr. van der Straß Schluß der Sitzung und wird derselbe angenommen.

Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen, eventuell erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Zinsengarantie für die siebenbürgische Eisenbahn.

59. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 12. December.

In der Hofloge Ihre kais. Hoheiten die Herren Erzherzoge Albrecht, Wilhelm.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Graf Rechberg, Graf Degenfeld, Freiherr v. Meszery, v. Pleuer, v. Lasser, Dr. Hein; ferner Freiherr v. Kalchberg, Oberkriegskommissäre Früh und Damaschka.

Freiherr v. Kalchberg beantwortet zwei an das Handelsministerium gerichtete Interpellationen. Bezüglich der Turnau-Kraluper Eisenbahn wird erklärt, daß die Erhebung einer Uebertragungsgebühr nicht gesetzlich gewesen sein würde; auch die über die Stempelgebühr erhobenen Bedenken werden widerlegt.

Bezüglich der Stockerau-Budweiser Bahn: weder Nordbahn noch Staatsbahn haben in ihren Erklärungen den gestellten Bedingungen genügt, die weiteren Verhandlungen schweben noch.

In der Fortsetzung der Debatte über die Bedeckung des Militärerfordernisses polemisiert

der Berichterstatter gegen die Ansicht des Ministers v. Lasser, daß ein Recht auf die Zinsen auch ein Recht auf den Grenzvermögensfonds selbst zur Folge haben werde, und verteidigt die Verwendung jener Zinsen für die allgemeine Militärverwaltung.

Minister v. Lasser bestreitet, daß die Frage zweifelhaft sei. Allerdings sei der Grenzvermögensfond ein öffentlicher, aber doch kein Fond für die allgemeinen Armeebedürfnisse. Was aus diesem Fonds bestritten wird, leisten in anderen Provinzen die Landes-, Schul- und andere Fonds, er sei der Natur seiner Widmung nach diesen vollkommen analog.

Nach einer Replik des Berichterstatters erinnert der Kriegsminister daran, daß die Reichsfinanzen nichts zur Erhaltung der politischen und der militärischen Zustände der Grenze beitragen, viel mehr diese noch jährlich einen Ueberschuß an die Reichsfinanzen abträgt. Eine Kontrolle der Grenzverwaltung durch die Reichsvertretung erscheine daher nicht zulässig und er müsse sich gegen dieselbe verwahren, wenn auch gestern ein Redner ihm dieses Wort nicht habe gestatten wollen.

Nachdem noch der Berichterstatter, der Kriegsminister, Minister Caffer Bemerkungen über die Frage gewechselt haben, bespricht

der Finanzminister das Verhältniß zwischen dem vorgefundenen Kassebestand und dem von der Minorität des Ausschusses angenommenen Kasseüberschuß und erwähnt, daß vom Kriegsministerium dem Finanzministerium monatlich bei Erhebung der Dotation der Kasse rest ausgewiesen werde.

Winterstein zu einer persönlichen Bemerkung: da der Herr Finanzminister wirklich den Kasse rest von 900.000 fl. vorgefunden zu haben erklären, werde auch er seiner gestrigen Erklärung entgegen für die Aufnahme der 900.000 fl. stimmen.

Bei der Abstimmung werden sämtliche Aus schußanträge nebst dem Minoritätsantrage (Aufnahme von 1½ Millionen Kasseüberschuß) angenommen, im Ganzen also die Einnahmen mit 17,286.900 fl.

(Schluß folgt.)

Ausland.

Dresden, 11. December. Das heutige „Dresdner Journal“ meldet: Die sächsischen Exekutionstruppen werden am 15. und 16. December von Leipzig und Dresden pr. Eisenbahn nach Holstein abgehen.

Berlin, 11. December. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses interpellirt Waldeck den Kriegsminister, indem er die gedruckten Motive seiner Interpellation (betreffend die Einziehung von Reservisten, deren Dienstzeit im Heere abgelaufen) ausführt. Minister v. Roon antwortet: In der ernsten Lage des Landes sei es nicht wohlgethan, den Konflikt zu schärfen. Ob bei der Einziehung in einzelnen Fällen ein Unrecht begangen worden, wisse er nicht; könne aber, wenn es der Fall war, dies nicht tadeln. Die Regierung interpretire den §. 15 des Gesetzes vom Jahre 1814 anders. Dieses Gesetz allein sei nicht magna carta; die Ausführungsverordnung gehöre dazu. Die Regierung glaube sich wegen der Einziehung von Nichtreservisten vollkommen im Recht, sei aber faktisch durch die Vermehrung der Bataillonsstärke derselben überhoben. v. Roon bedauert diese aufregende Diskussion im Interesse der Disziplin und wegen der strengen Kriegsgesetze. Er hebt die Vorträge der Reorganisation hervor; nach dem alten Systeme hätten von der Landwehr zwölf Bataillone mobil gemacht werden müssen.

Das Haus beschließt die Diskussion obiger Antwort; nachdem sich aber Vincke und Stavenhagen gegen die Diskussion erklären, wird der Antrag Sybels auf Schluß angenommen.

Athen, 4. December. Mit jedem Tage wird es klarer, daß wir unaufhaltsam einer neuen Krise entgegengetrieben. Die Nationalversammlung macht aus ihrer Abneigung gegen den König gar kein Hehl und ergreift jede Gelegenheit, um sich gegen die „Camarilla“ des Hofes in scharfe Opposition zu setzen. Die Deputation der Nationalversammlung, der König Giorgios sein Bedauern ausdrückte über die albern feindseligen Beschlüsse, welche die früheren Minister des Königs Otto trafen und zugleich dessen Nachfolger beleidigten, lachte dem Souverain geradezu ins Gesicht. Eine noch deutlichere Antwort aber enthält der wenige Tage später gefaßte Beschluß, daß eine permanente Kommission der Nationalversammlung dem Kriegsministerium zur Kontrolle beigegeben werden solle. In solcher Weise gerirt sich die Nationalversammlung als Konvent, welcher den königlichen Jüngling zu einer Puppe erniedrigt. Der erste Versuch desselben, einen eigenen Willen zu betheiligen, wird die Katastrophe über sein Haupt heraufbeschwören. Der französische wie der englische Gesandte senden, aufs Höchste beunruhigt, Berichte über Berichte an ihre Kabinete.

Tagesbericht.

Wien, 13. December.

Staatsminister Ritter v. Schmerling befindet sich merklich besser; das Fieber ist beinahe gänzlich verschwunden. Der Kranke hat einen Versuch gemacht, das Bett zu verlassen, mußte sich jedoch nach einigen Minuten wieder niederlegen. Der Herr Staatsminister hat die Absicht, sobald es ihm seine Kräfte gestatten, nach Venedig zu reisen und dort bei seiner Tochter die Feiertage zubringen.

Aus Pest bringt die „Dest. Ztg.“ folgende Mittheilung, welche als Ergänzung, vielleicht als Ursprung der Gerüchte über die Ministerkrise zu betrachten sein dürfte:

Die Idee, Vertrauensmänner aus Ungarn einzuuberufen, scheint in den Salons ungarischer Staatsmänner in den letzten Tage festere Gestalt gewonnen zu haben. Bereits circulirt eine Namensliste der Einzelabenden, in welcher jedoch zu Aller Erstauen auf die Männer des verstärkten Reichsrathes zurück-

gegriffen wird. Die altkonservative Partei glänzt darin vollkommen. Desto größeres Aufsehen erregt es, daß man die Meinung hegt, dieselben wären heute in der Lage, einen zustimmenden Landtag vorzubereiten. Die Herren Grafen Jorgach und Eszesen sollen für dieses Experiment portirt sein.

Die aufgetauchte Version, Fürst Carlos Auersperg solle das Präsidium des Ministeriums übernehmen, bezeichnet die „Dest. Ztg.“, „aus kompetentester Quelle“, als eine aus der Luft gegriffene.

Der Dichter Friedrich Heibel ist heute früh gestorben.

Die sämtlichen Telegraphen-Leitungen in der Umgebung von Wien sind in Folge des dreitägigen Sturmes unterbrochen. Ueber die Ausdehnung der Zerstörung fehlen noch alle Anhaltspunkte. Nach allen Richtungen sind die Bau-Organen in Thätigkeit.

Die heutigen Journale berichten von einer großen Menge von Unglücksfällen und Verwüstungen, welche der Sturm am 12. und 13. d. M. veranlaßt hat. Wie furchtbar der Sturm war, kann man darnach beurtheilen, daß er in Magleinsdorf zwei Eisenbahnwagen mit solcher Heftigkeit erfaßte, daß sie aus dem Geleise gehoben und über die Dammböschung hinabgeschleudert wurden, wo der eine gänzlich zerschellt wurde, während der andere sich auf der Böschung mit den Rädern eingrab und hiedurch vor weiterem Schaden bewahrt wurde. Die Kettenbrücke, welche vom Schanzl in die Leopoldstadt führt, hat der Wind buchstäblich zerrissen.

Aus der Provinz.

Neustadt, 13. December.

A. R. Die angesuchte außerordentliche Sitzung unseres Gemeinderathes sub auspice der politischen Behörde hat sich am 10. d. M. äußerst matt abgewickelt; das Resultat derselben ist je nach der Auslegung befriedigend oder negativ und die treffendste Kritik wäre die, wenn wir gerade über diese Sitzung Nichts berichten würden. Allein dem Leser sind wir schuldig, in den Vorgang Einblick zu verschaffen, denn wir haben für diese Sitzung seine Neugierde zum voraus gereizt.

Also zur Sache. Das Ansuchen unserer thatkräftigen Bürgerrente lautete auf gemeinschaftliche und gleichzeitige Inangriffnahme der Jubiläums- und Gymnasialangelegenheit, doch diesen Kardinal-Punkt hat unsere Gemeindevertretung gar nicht beachtet und auch keiner Abstimmung unterzogen. Denn kaum ward die bezügliche Einlage zu Ende gelesen, als auch schon ein Ausschuss den fertigen Entwurf eines Gesuches, welches für den Fortbestand des Obergymnasiums an das h. Staatsministerium gerichtet ist — zum Vortrag brachte — welcher Entwurf dann mit geringer Abänderung vom versammelten Ausschusse gutgeheißen und ohne besondere Abstimmung, so zu sagen stillschweigend zum Beschlusse erhoben wurde. Die Gründe dieses Gesuches haben uns eben nicht zu bestechen vermocht, ob sie beim h. Ministerium bessere Wirkung machen werden — wir wünschen es, aber wir zweifeln sehr daran.

Das h. Ministerium hat ausdrücklich erklärt, daß nur dann, wenn die Herstellung der Bedingungen eines achtklassigen Gymnasiums, die gegenwärtig mangeln, als verbürgt nachgewiesen werden wird, die Reaktivierung des Obergymnasiums ein Gegenstand der Erwägung werden kann. Jedes Gesuch also, welches diese Bedingungen — entsprechende Lehrkräfte und zureichende Lehrmittel — nicht im gesetzlichen Maße nachweist, ist im Prinzipie nichts mehr als höchst überflüssig. Der einzige Gemeindevorstand, Herr v. Langer, der für die Vereinigung beider Angelegenheiten war und sich zur Theilnahme an einer dießfälligen Deputation sofort bereit erklärte, hat gegen dieses Gesuch rückichtlich der gesetzlich nothwendigen Bedingungen ein entsprechendes Amendement eingebracht, aber sein zutreffendes Votum verhalte wie die Stimme des Rufenden in der Wüste und man begnügte sich bei diesem so wichtigen Gesuche mit Gründen, die wirklich derart originell sind, daß sie Ben Aliba's Ausspruch: „Alles schon dagewesen“ rein zur Chimäre werden lassen.

Weshalb man überhaupt den Gymnasialdirektor, der als Fachmann in dieser Angelegenheit die richtigsten Aufschlüsse hätte geben können, nicht zur Sitzung beigezogen hat, liegt außer dem Bereiche unseres Fassungsvermögens.

In der Jubelfeierangelegenheit geschah doch insoweit ein erfreulicher Schritt vorwärts, als der Wunsch ausgesprochen wurde, daß das zu diesem Zwecke gebildete Comité noch vor Schluß dieses Jahres an den Ausschuss Bericht erstatten solle, damit sodann die Absendung der Deputation ermöglicht und endlich thatsächlich angebahnt werde.

Interessant war ein Protest eines Gemeindevorstandes gegen das Vorgehen eines Gemeinderathes,

der ohne irgendwelche Genehmigung 700 fl. aus der Gemeindefasse für sich erhoben hat — bevor ihm noch bei der bereits erwähnten Gelderverleihung ein Darlehen bewilligt wurde. Dieser Protest wirft ein eigentümliches Streiflicht auf die Gebahrung des Gemeindevermögens und wir erkennen die streng gesetzliche Ueberzeugung und das Pflichtgefühl des Protestators an, der sich auf diese Weise für seine Person gegen solch einen Vorgang energisch verwahrt hat. Dieser Protest wurde vorgelesen und — horribile dictu — man ging ohne alle Diskussion einfach zur Tagesordnung über. Wir glauben, einiger Erwägung wäre der Protest wohl werth gewesen, denn, wenn man solche kolossale Uebergriffe bei der Verwaltung des Gemeindevermögens mit vornehmtem Stillschweigen übergeht, so könnte eine solche Manipulation nur allzuleicht Nachahmung finden. Jetzt glauben wir den Gerüchten nur allzugerne, die von schlechter Finanzwirtschaft laut werden; wie sollte es auch anders sein — für das Verwaltungsjahr 1863 soll noch bis zur Stunde keine Rechnung gelegt und genehmigt sein und der Voranschlag pro 1864 bleibt allem Gesetze zu Trotz noch, wie vor, nur ein frommer Wunsch.

Wie wir bestimmt in Erfahrung brachten, sind die Ortschaften Gohendorf und Pechdorf nunmehr als seuchenfrei erklärt worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 12. December. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses erstattet die Justizkommission Bericht über den Antrag Lyskowski's (in Betreff der inhaftirten polnischen Abgeordneten.) Krag spricht für sein Amendement. Der Justizminister sagt: Das formelle Recht des Hauses sei unbestreitbar; aber das Haus sei unvollständig informiert und könne eine vollständige Information ohne Nachtheil für die Untersuchung nicht erhalten. Simson ist für die Inhafthaltung aller drei Angeklagten; das Haus habe sich nur gegen eine tendenziöse Entziehung von Mitgliedern zu wahren, es herrsche jedoch kein Verdacht, daß eine solche vorliege. Matty spricht für die Freilassung, Roden für den Kommissionsantrag, John Sabian gleichfalls für Freilassung. Das Amendement Krag wird schließlich mit 147 gegen 133 Stimmen angenommen.

Bern, 12. December. In den Bundesrath wurden gewählt: Dubs, Schent, Fornerod, Knüsel, Frei-Herose, Näff und Pioda. Zum Bundespräsidenten wurde Dubs, zum Vizepräsidenten Schent gewählt.

Tagesordnung

für die nächste Gemeinderathssitzung am 17. December 1863, Nachmittags um 4 Uhr.

1. Lesung des letzten Sitzungsprotokolles;
2. Mittheilung des Einlaufes und des Kassa standes;
3. Berathung über die Vollzugsvorschriften der Hundetaxe;
4. Vortrag über die Note des k. k. Platz- und Kastell-Kommando wegen Befreiung der k. k. Militärs von der Entrichtung der Hundetaxe;
5. Vortrag der Schulsektion wegen Erhöhung der Dotation für die Klosterfrauen-Schule;
6. Fortsetzung der Berathung über die Feuerlösch-Instruktion.

Markt- und Geschäftsbericht.

Krainburg, 14. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 35 Wagen mit Getreide, 10 Wagen mit Holz, und circa 20 Stück Schweine, welche zu 13 bis 16 fl. der Zentner verkauft wurden.

(W o c h e n m a r k t - P r e i s e.) Weizen pr. Regen fl. 5.45; Korn fl. 3.50; Gerste fl. —; Hafer fl. 2.30; Halbfrucht fl. —; Heiden fl. 2.50; Hirse fl. 2.60; Aukuruz fl. 3.50; Erdäpfel fl. 1.—; Linsen fl. —; Erbsen fl. —; Fisolten fl. 4.20; Rindschmalz pr. Pfund kr. 50, Schweineschmalz kr. 44; Speck, frisch kr. 28, detto geräuchert kr. 43; Butter kr. 39; Eier pr. Stück kr. 2½; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 17, Kalbfleisch kr. 22, Schweinefleisch kr. 20, Schöpfenfleisch kr. —; Hähnchen pr. Stück kr. 30, Tauben kr. 15; Hen pr. Ztr. fl. 1.60, Stroh fl. 1.—; Holz hartes, pr. Klafter fl. 5.10, detto weiches, fl. 3.50; Wein, weißer, pr. Eimer fl. 7.

Theater.

Heute Dienstag: Ein jüdischer Dienstbote. Charakterbild.

Morgen Mittwoch: Hochzeit bei Laternen-schein. Operette. Im Gassenladen. Neue Post. Onkel aus Amerika. Charakterbild.

Effekten und Wechsel-Kurse.

an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 14. December 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 74 --	Silber 118 25
5% Nat-Anl. 80.90	Lond.n 117 75
Bankaktien . . . 786. --	R. I. Dukaten . . . 5 63
Kreditaktien . . . 184.70	
1860er Lose . . . 28 10	

Fremden-Anzeige.

Den 12. December 1863.

Dr. Piller, Kaufmann, von Ugram. — Hr. Mazocatto, Handelsmann, von Triest. — Die Herren: Wauerboier, Weinbändler, und — Wegschelder, Privat, von Gili. — Hr. Jörg, von Klum.

Den 13. Hr. Freiherr von Gall, von Steiermark. — Die Herren: Copozbich, Großhändler, — Hummel, Kaufmann, und — Spolka, von Triest. — Die Herren: Thorn, Kaufmann, und — Dr. Redassch, von Wien. — Hr. Trojan, Ingenieur, von Klagenfurt. — Hr. Westermeyer, Fabriksdirector, von Brünn. — Hr. Bartelme, Kaufmann, von Gottschee. — Hr. Koker, von Heidenstadt.

3. 2508. (3) Nr. 3794

Edikt

zur Einberufung der Verlassenschafts-Gläubiger.

Von dem k. k. Bezirksamte in Sittich, als Gericht, werden diejenigen, welche als Gläubiger an die Verlassenschaft des am 16. Oktober 1863 ohne Testament verstorbenen Herrn Johann Barlisch, Local-Caplan in Politz, eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, bei diesem Gerichte zur Anmeldung und Darthnung ihrer Ansprüche den 29. Dezember 1863, Vormittags 9 Uhr, zu erscheinen, oder bis dahin ihr Gesuch schriftlich zu überreichen, widrigenfalls denselben an die Verlassenschaft, wenn sie durch Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft würde, kein weiterer Anspruch zulände, als insofern ihnen ein Pfandrecht gebührt.

k. k. Bezirksamt Sittich, als Gericht, am 30. November 1863.

3. 2541. (1)

Die Specerei-, Material-, Wein- und Delicatessen-Handlung des Joh. Klebel in Laibach

empfehlen ihr neu assortirtes Lager von: bestem fetten **Parmasan-, Emmenthaler-, Gorgonzola-, Mailänd. Strachino-, Groyer-, Bischof-, holländ. Lüneburger- und Brimsen-Käse**; von Fischen: **Sardinen de Nantes** in Blechbüchsen, russ. **Sardinen** mit **Mixed-Pikles** eingelegt, **Caviar**, holländ. **Voll- und Jägerhäringe**, **Tafel-Sardellen**, marin. **Aale**; **Prager und Grazer Schinken, Zungen, Kaiserfleisch**; **Mailänd. und Veron. Salami, Mortadelli, Braunschweiger Würste**; **franz., engl. und Kremser Senf, Malaga-Trauben, Datteln, Feigen, Maroni**, geschältes **Görzer Obst**, grosse süsse **türkische Pflaumen, franz. Früchte**, weich und hart kandirt in kleinen eleganten Schachteln, **Dunstobst** in Gläsern, **Mostarda, Frucht-salsen, Rosinen, Weinbeeren, Mandeln, Pignoli, Orangen, Limonien, Granatäpfel**, mehrere Sorten **Grazer und Pressburger Zwieback, Mandolati, Grazer Chocolate** mit und ohne Vaniglia, feinste aromatische Sorten von schwarzen und grünen **Caravanen - Thee, Jamaica-Rhum, Punsch - Essenz, Cognac, Zama-Maraschino**, russischen **Doppelkummel**, die beliebtesten Sorten von echt **franz. und inländ. Champagner, Original Oesterreicher-, Ungar-, Steirer-, Rhein- und Mosel-Weine, Tafel- und Magen-Liqueurs**, alle Sorten von **Tarok-, Whist- und Piquet-Karten**, feinste reinschmeckende **Kaffee's** und Speisen-**Oele**; ausserdem noch

jodirten **Kettig-Syrup**,

Schneeberger Kräuter-Altop

und

steierischen **Kräuter-Saft**.

3. 2429. (3)

Edikt

Von dem k. k. Bezirksamte Planina, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht: Es sei die mit dem diebgerichtlichen Bescheide vom 18. April 1861 angeordnet gewesene, aber vom Exccutionärbücher Franz Jurca, als Exccutionär des Jakob Schwantel, für die dritte Zeitleitung der, dem Exccution Johann Girschel von Belstu gehörigen, im Grundbuche Lucag sub Urb.-Nr. 102 vorkommenden Realität in Belstu reassumirt, und zu deren Vornahme die einzige Tagabruwa auf den 12. Jänner 1864 mit Beibehaltung des Ortes der Stunde und mit dem vorigen Anhange angeordnet.

k. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, am 2. Mai 1863.

Nr. 2356.

3. 2540. (1)

Kundmachung.

Eine Mühle und Mägel-Fabrik nebst bequemen Wiesen-Grunde,
gelegen in **Cisuern**,

neu aufgebaut, mit 5 Wohnzimmern und feuerfester eingedeckt, mit einem beständigen Wasser ohne jedem Hinderniß, ist zum Verkaufe angetragen.

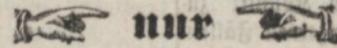
Der Plan sammt Verkaufsbedingungen sind im Comptoir der „Laibacher Zeitung“ einzusehen, und werden auch von diesem Comptoir auf frankirte Anfragen die nöthigen Auskünfte ertheilt.

3. 2426. (2)

Wichtiges Hausmittel,

Weisser Brust-Syrup

in seiner hinlänglich bekannten vortrefflichen Eigenschaft gegen veralteten Husten, langjährige Heiserkeit, Verschleimung, Keuchhusten, Halsbräune, Katarrhe und Entzündungen des Kehlkopfes und der Luftröhre, acuten und chronischen Brust- und Lungen-Katarrh, Bluthusten, Blutspeien, Asthma &c.,



von **G. A. W. Mayer in Breslau** erzeugt,

ist **echt** zu haben in Originalflaschen zu 1 fl. 25 kr. und 2 fl. 50 kr.

in **Laibach** bei **C. J. GRILL**.

Bei auswärtigen Aufträgen ist für Verpackung 10 kr. pr. Flasche beizulegen.

das in jeder Familie mit kleinen Kindern, besonders auf dem Lande, wo Arzt und Apotheke entfernt, wegen der gefährlichen Halsbräune und des Keuchhustens, vorräthig gehalten werden sollte. Dieser Syrup hat einen lieblichen Geschmack und conservirt sich, kühl und aufrecht gestellt, ausgezeichnet.

Z e u g n i s s e.

Der **Brust-Syrup** des Herrn **G. A. W. Mayer** in **Breslau** ist bei Katarrhen der Athmungsorgane (des Kehlkopfes, der Luftröhre und ihrer Aeste) und dem oft verbundenen Keich- und Keuchhusten in diesen Theilen ein gutes Linderungsmittel, was selbst auch bei veralteten hartnäckigen Katarrhen noch gute Dienste leistet. — Aber auch Personen, wie Steinmetzer und Bildhauer, Bäcker und Müller, Stubenmaler, Maurer u. dgl. mehr, deren Geschäfte es mit sich bringen, daß sie viele fremdartige, die Respirationsorgane nachtheilig berührende Stoffe, wie feinen Staub u. s. w., einathmen müssen, wodurch über kurz oder lang in den genannten Organen krankhafte Erscheinungen entstehen können, auch Solche werden den **Mayer'schen Brust-Syrup**, rechtzeitig angewendet, bei Beobachtung des nöthigen Regimes, mit Nutzen gebrauchen.

Dieses (Königreich Sachsen) 2. April 1863.

(L. S.) **Med. Dr. C. Gerstäcker**,
prakt. Arzt und Gerichtsmediziner.

Nachdem ich mich so wie meine Frau längere Zeit von einem fatalen Husten geplagt sah, brauchte ich eine Zeit lang den **Mayer'schen Brust-Syrup**, und wir erhielten dadurch nicht nur Erleichterung des Hustens, sondern auch ein allmähliges Verschwinden desselben. — Ich stelle daher die Behauptung auf:

„daß dieser Syrup geeignet ist, je den fatalen Husten zu mindern und zu beseitigen.“
Weissen, 17. Juli 1863.

Jährig,

Wund- und Geburtshelfer,
Ritter des Ehrenkreuzes zum Albrechtsorden.

Schwarzwasser in österr. Schlesien, 10. April 1863.
Herrn **G. A. W. Mayer** in **Breslau**.

Ich habe den von Ihnen bereiteten **weissen Brust-Syrup** in meiner Praxis vielfach angewendet und denselben bei **Katarrhalischen und Reizzuständen der Respirationsorgane** als ein den Hustenreiz milderndes, beruhigendes, die Secretion in den Schleimhäuten, sowie auch die Expectoration beförderndes, zugleich **wohl schmeckendes Präparat** erprobt.

(L. S.) **Med. Dr. Josef Laug**,
I. erzherzogl. Districts- und Eisenbahnarzt.

Ihr Wohlgehoeren ersuche ich hiermit höflich, mir sobald als möglich zwei Flaschen **weissen Brust-Syrup** von **G. A. W. Mayer** in **Breslau** gegen Postnachnahme gefälligst zuzuschicken. Den **Brust-Syrup** hat mir der Herr Dr. **Klinger** von **Braunau** als sehr wohlthätig wirkend angethan.

Ering, 28. August 1863

Ihr ergebener

Josef Hundberger,
Cooperator in Ering bei Simbach a. Inn, in Ober-Oest.

Endesgefertigter gibt hiermit der leidenden Menschheit kund, daß er den **Mayer'schen weissen Brust-Syrup** in sehr vielen Krankheiten der Respirationsorgane, wie veralteten Lungenkatarrhen, Heiserkeit &c. mit dem besten Erfolge angewendet habe.

Lamenitz a. d. Linde in Böhmen

Dr. **Novák**,
Stadtphysikus.

Endesgefertigter bezeuge hiermit, daß der **weisse Brust-Syrup** von Herrn **G. A. W. Mayer** sowohl von mir selbst, der ich bereits seit mehreren Monaten an einer katarrhalischen Affection der Bronchien leide, als auch an mehreren Patienten von mir ordinirt und mit dem besten Erfolg angewendet wurde.

Besonders zu empfehlen ist dieser Syrup für Kinder, welche an Verschleimung leiden.

Bukarest, 1. Mai 1863.

Med. Dr. J. A. Auerbach,
emeritirter Kreis-Physikus.

Nachdem ich seit längerer Zeit an den heftigsten Brustschmerzen litt, welche mich durch öfteres und starkes Blutspeien dermaßen angriffen und schwächten, daß ich fast zu der leichtesten Arbeit nicht kräftig genug fühlte, kam ich durch die **Kronstädter Zeitung** auf den **Mayer'schen weissen Brust-Syrup**, den ich bei Herrn **S. P. Mailat** hier kaufte, und in sehr kurzer Zeit leistete mir selbiger das gewünschte Resultat.

Indem ich allen ähnlich Leidenden obigen Syrup bestens empfehle, bestätige dies der Wahrheit gemäß.

Kronstadt in Siebenbürgen, 20. Februar 1863
Samuel Hertel,
Maler und Photograph.

Dem Herrn **G. A. W. Mayer** in **Breslau** attestire ich hiermit aus Dankbarkeit, daß ich und meine Frau durch längeren Gebrauch seines **weissen Brust-Syrups** von heftigen Brustschmerzen und großer Heiserkeit befreit worden sind.

Doberschweidlarz, Kreis Glaz in Schlesien,
3. Januar 1863.

Franz Großpilsch,
Bauergutsbesitzer.

Unterfertiger bezeuge hiermit, daß ich den **Breslauer weissen Brust-Syrup** von **G. A. W. Mayer**, aus der Specerei-Handlung des Herrn **Angelo Belloni** in **Komorn**, sowohl bei meinen eigenen Kindern, als bei mehreren anderen Personen, und zwar gegen hartnäckigen Katarrh, anhaltenden Husten, Lungen-Verschleimung, schweren Athem (Asthma) mit vorzüglichem Effect und Ergebnis angewendet und verordnet habe, folglich denen, die mit dergleichen Uebeln befallen sind, mit Zuversicht empfehlen kann, ausgenommen, wo der Husten mit Entzündung verbunden ist.

Komorn, 31. März 1863.

Ignatius Horvath,
berühmter Primaral-Arzt.